

Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2013

Hanse-Office – Gemeinsame Vertretung der Länder
Hamburg und Schleswig-Holstein
bei der Europäischen Union

Vertretung der Freien Hansestadt Bremen
bei der Europäischen Union

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern
bei der Europäischen Union

Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union

Gliederung

Einleitung	S.01
Teil A Struktur des Arbeitsprogramms 2013 der Europäischen Kommission	S.01-03
Der Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion	
Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch den Binnenmarkt und die Industriepolitik	
Bessere Infrastruktur für mehr Wettbewerbsfähigkeit	
Beschäftigungswirksames Wachstum durch Integration und Exzellenz	
Optimale Nutzung der Ressourcen in der Wirtschaft	
Förderung der Sicherheit in der EU	
Die EU als globaler Akteur	
Teil B Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen der Europäischen Kommission	S.04-26
1. Finanzen und Haushalt	S.04
2. Wirtschaft, Forschung, Technologie, Verkehr und Kohäsionspolitik	S.07
3. Digitale Agenda, Medien und Kultur	S.12
4. Beschäftigung, Soziales, Bildung, Jugend, Gesundheit und Verbraucherschutz	S.13
5. Umwelt, Klima und Energie	S.16
6. Landwirtschaft, Fischerei und Meerespolitik	S.20
7. Justiz und Inneres	S.22

Einleitung

Am 23. Oktober 2012 hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm 2013 vorgelegt. Darin stellt sie ihre politischen Schwerpunkte dar, und sie gibt einen Ausblick auf die geplanten Initiativen (Legislativvorschläge, Mitteilungen etc.). Da im Juni 2014 die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden, umfasst das Arbeitsprogramm auch die erste Jahreshälfte 2014.

Wie in den Vorjahren haben die Brüsseler Länderbüros/-vertretungen von Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit die aus norddeutscher Sicht wichtigsten Vorhaben aus dem Arbeitsprogramm zusammengefasst. Dabei ist zu beachten, dass die Auswertung eine „Momentaufnahme“ aus heutiger Sicht darstellt. Es ist davon auszugehen, dass sich seitens der Kommission im Verlauf des Jahres sowohl im Hinblick auf zeitliche Abläufe als auch auf eine Verschiebung von Schwerpunkten (z. B. durch neue politische Entwicklungen) Änderungen ergeben werden.

Teil A:

Struktur des Arbeitsprogramms 2013 der Europäischen Kommission

Schwerpunkt des Arbeitsprogramms der Kommission sind Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und zur Schaffung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung. Die Kommission unterstreicht, dass grundlegende Strukturreformen in zentralen Politikbereichen der Union notwendig sind. Die knapp 60 Initiativen, die die Kommission in den nächsten 18 Monaten vorschlagen wird, sind sieben Schwerpunktbereichen zugeordnet, die aus Sicht der Kommission entscheidend für die weitere Entwicklung der EU sein werden:

Der Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion

Die Kommission betont die Bedeutung einer effektiven Banken- und Finanzkontrolle für eine echte Wirtschafts- und Währungsunion. Dazu wird sie im Jahr 2013 ihre Pläne für eine vollständige Wirtschafts- und Währungsunion weiter ausgestalten und insbesondere einen Vorschlag zur Revision des Europäischen Systems der Finanzaufsicht vorlegen. Weiterhin sind Legislativmaßnahmen vorgesehen, die die Stabilität, die Transparenz sowie den Verbraucherschutz im Finanzsektor erhöhen sollen.

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch den Binnenmarkt und die Industriepolitik

Aus Sicht der Kommission bedarf es insbesondere im Bereich des Binnenmarktes weiterer Anpassungsmaßnahmen, um Wachstumsimpulse und Innovation zu fördern. Für 2013 sind Initiativen zur Reduzierung der Unternehmenskosten (z. B. im Bereich der Rechnungslegung und der Mehrwertsteuervorschriften), zur Verbesserung des freien Warenverkehrs im Binnenmarkt (Vereinfachung von Vorschriften, Verbesserungen in den Bereichen Normung und Zertifizierung) sowie zur Förderung von Forschungspartnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren in zentralen Wachstumssektoren angekündigt. Die Kommission hat sich für 2013 zudem die Modernisierung des Rechtsrahmens für staatliche Beihilfen in verschiedenen Schlüsselsektoren und die Revision der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung vorgenommen.

Bessere Infrastruktur für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Die Kommission unterstreicht die Bedeutung eines vollständig integrierten Binnenmarktes in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie als eine Grundvoraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Sie wird deshalb Maßnahmen zur Modernisierung der europäischen Verkehrssysteme (einheitlicher Binnenmarkt im Bereich des See-, Luft- und Landverkehrs) vorlegen. Von besonderem Interesse wird der angekündigte „Rahmen für die

zukünftige Hafenpolitik der EU“ sein, der laut Kommission auch einen Legislativvorschlag enthalten wird. Die Kommission wird u.a. die Transparenz beim Einsatz von öffentlichen Mitteln wie auch bei den Hafengebühren überprüfen und die Verbesserung der Qualität von Hafendiensten überprüfen sowie die solide Planung von Häfen und Hinterlandanbindungen zum Gegenstand ihrer Überlegungen machen. Zudem ist eine Förderung des europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes geplant (Umsetzung der Digitalen Agenda).

Beschäftigungswirksames Wachstum durch Integration und Exzellenz

Wichtige Ziele der EU sind die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung. Zur Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik ist ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen angekündigt, das u.a. eine stärkere EU-weite Vernetzung der Arbeitsverwaltungen vorsieht. Das bereits bestehende EURES-Portal zur beruflichen Mobilität der Kommission soll zu diesem Zweck modernisiert und erweitert werden. Um das Mobilitätspotenzial junger Menschen voll auszuschöpfen, wird die Kommission eine Initiative zur Stärkung der Internationalisierung im Hochschulbereich vorlegen.

Optimale Nutzung der Ressourcen in der Wirtschaft

Eine höhere Ressourceneffizienz der europäischen Wirtschaft kann zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Innovation führen. Die Kommission wird deshalb eine Perspektive für den Übergang zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft bis zum Jahr 2030 entwerfen. Ergänzend dazu ist eine Initiative zur Förderung der Ressourceneffizienz speziell im Bereich der maritimen Wirtschaft geplant. Zur Verstärkung der Vorsorgemaßnahmen und der Möglichkeiten der Bewältigung negativer Auswirkungen des Klimawandels wird die Kommission eine europäische Klimaanpassungsstrategie vorlegen. Außerdem hat sich die Kommission eine Überprüfung der thematischen Strategie zur Luftreinhaltung und der einschlägigen Rechtsvorschriften vorgenommen.

Förderung der Sicherheit in der EU

Die Kommission unterstreicht, dass die EU ihre Bürger und deren Rechte vor Bedrohungen und Herausforderungen schützen und den freien Verkehr der Bürger in Europa weiter erleichtern muss. Neben einem Vorschlag zur Bekämpfung der Geldwäsche und zur Reduzierung der Schusswaffenkriminalität in der EU sind die Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit in Straf- und Zivilsachen und die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft geplant, um Straftaten zu Lasten des EU-Haushalts besser bekämpfen zu können. Darüber hinaus wird die Kommission Rechtsvorschriften über die Sicherheit und Haftung im Kernenergiebereich vorlegen.

Die EU als globaler Akteur

Die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten bleibt ein Schwerpunkt der EU-Außenpolitik. Aber auch die externe Dimension der EU ist im Jahr 2013 untrennbar mit der Förderung von Wachstum und Beschäftigung verbunden. So wird die Kommission Verhandlungsrichtlinien für ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen mit wichtigen Partnern vorlegen. Prioritäten im Bereich der EU-Nachbarschaftspolitik sind weitreichende Freihandelszonen, Mobilitätspartnerschaften und Visaerleichterungen. Die Kommission wird zudem einen Standpunkt zu den Millenniumsentwicklungszielen nach 2015 vorlegen.

Die Mitteilung, die das Arbeitsprogramm beinhaltet (KOM (2012) 629)¹, besteht aus zwei Teilen: In einem Textteil gibt die Kommission einen Überblick über die derzeitige politische Lage und

¹ Abrufbar unter www.ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_en.htm

ihre Strategien. Der zweite Teil nennt die geplanten Maßnahmen im Einzelnen und besteht aus drei Anhängen:

Anhang 1 enthält eine Liste mit 58 Initiativen, die die Kommission in den Jahren 2013 und 2014 vorlegen wird. Für 12 dieser Initiativen hat sich die Kommission zur Durchführung im Jahr 2013 verpflichtet.

Anhang 2 umfasst 18 geplante Maßnahmen zur Rechtsvereinfachung und Verringerung der Verwaltungslasten.

Anhang 3 listet 14 anhängige Verfahren auf, die die Kommission zurückziehen will.

Im Übrigen ist derzeit offen, welche Initiativen aus dem Arbeitsprogramm 2012 die Kommission im Jahr 2013 bzw. in der ersten Jahreshälfte 2014 noch vorlegen wird.

Teil B

Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen der Europäischen Kommission

Die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit das Arbeitsprogramm der Kommission für 2013 gemeinsam ausgewertet und die aus ihrer Sicht wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst.

Bei den mit einem **Stern** versehenen Initiativen hat sich die Europäische Kommission zu einer Umsetzung in 2013 verpflichtet.

1. Finanzen und Haushalt

Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer Banken- und Fiskalunion werden auch 2013 im Vordergrund der Arbeit stehen und die Initiativen der Vorjahre fortsetzen. Im Bereich der Finanzdienstleistungen sollen beispielsweise im kommenden Jahr Rechtsakte vorgelegt werden, die zu mehr Transparenz und Stabilität im Finanzsektor führen. Zudem wird die Kommission im Bereich der Mehrwertsteuer zwei Rechtsakte zur Effizienzverbesserung und Vereinfachung vorschlagen.

Darüber hinaus werden 2013 die Beratungen fortgesetzt, die mit dem 2012 vorgelegten Vorschlag für eine einheitliche Finanzaufsicht begonnen haben und in weiterem Zusammenhang stehen, wie z.B. einem einheitlichen Europäischen Abwicklungsmechanismus für Banken. Des Weiteren sind, sofern die Beratungen im Jahr 2012 nicht mehr beendet werden können, 2013 die Abschlussverhandlungen zu CRD IV und Two-Pack zu erwarten.

Sollte im November 2012 kein Ergebnis erzielt werden, werden die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 im neuen Jahr weitergeführt.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Finanzen/ Wirtschaft	Jahreswachstumsbericht*	Nicht- Legislativmaßnahme (4. Quartal 2013)	Neben einem Jahreswachstumsbericht wird die Kommission eine Mitteilung vorlegen, die die Hauptgrundlage für die Gespräche bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates bildet. Der Wachstumsbericht wird einen retrospektiven Teil über die erreichten Fortschritte und einen prospektiven Teil umfassen, in dem horizontale politische Leitlinien für die Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
2	Finanzen	Beseitigung systembedingter Risiken des Schattenbankwesens*	Legislativmaßnahme (3. Quartal 2013)	Im Anschluss an das Grünbuch vom März 2012 und die internationalen, vom FSB koordinierten Arbeiten auf diesem Gebiet wird sich die Kommission mit den systembedingten Problemen im Zusammenhang mit den Schattenbankunternehmen und ihren Praktiken (z.B. Geldmarktfonds, Kreditverbriefung und Tätigkeiten wie Wertpapierleihgeschäfte und Rückkaufvereinbarungen aller Arten von Finanzunternehmen) befassen.
3	Finanzen	Gemeinsamer Rahmen für die Erstellung von Indizes und Benchmarks und insbesondere für deren Berechnung und Festlegung	Legislativmaßnahme	Hauptziel ist eine zuverlässigere Erstellung und Verwendung von Benchmarks und Indizes zwecks Erhöhung des Vertrauens in den Markt sowie zwecks Verbesserung der Markteffizienz und des Anlegerschutzes.
4	Finanzen	Revision des Europäischen Systems der Finanzaufsicht	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Die Verordnungen zur Errichtung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht (die drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken) sehen vor, dass die Kommission im Jahr 2013 eine umfassende Überprüfung vornimmt, um dann Vorschläge für Änderungen zu unterbreiten.
5	Finanzen	Langfristige Finanzierung durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit von Finanzinstituten, -märkten und -instrumenten	Legislativmaßnahme	Im Anschluss an das Ende 2012 von der Kommission anzunehmende Grünbuch und die sich daran anschließende Diskussion wird die Kommission politische Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für langfristige Finanzierungen in Europa vorschlagen. Einige dieser Maßnahmen werden möglicherweise im Rahmen anderer Vorschläge (wie OGAW VI) angeregt werden.
18	Finanzen	Vereinfachungen für Unternehmen durch eine standardisierte MwSt.-Erklärung*	Legislativmaßnahme (3. Quartal 2013)	Es soll eine standardisierte MwSt.-Erklärung in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung gestellt werden, deren Verwendung für EU-Unternehmen optional sein soll. Die Standardmehrwertsteuererklärung ist ein zentraler Punkt der Strategie für die Zukunft der MwSt. und der Agenda für bessere Rechtsetzung. Sie soll dazu beitragen, die Verwaltungslast der Unternehmen zu vermindern und die Entwicklung des digitalen Binnenmarkts voranzutreiben.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
19	Finanzen	Steigerung der Effizienz des MwSt.-Systems durch Überprüfung der Satzausgestaltung	Legislativmaßnahme	Anpassung des Umfangs der verminderten Sätze zwecks Erhöhung der Effizienz des MwSt.-Systems.
25	Finanzen	Follow-up zum Grünbuch „Ein integrierter europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile Zahlungen“ *	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2013)	Karten-, Internet- und mobile Zahlungen sind zwar das Massenzahlungsmittel mit dem größten Wachstumspotenzial, aber es besteht eine erhebliche Marktfragmentierung entlang nationaler Grenzen. Mit dem Follow-up zum Grünbuch soll gegen die größten Hindernisse vorgegangen werden, die der Marktintegration in diesen Bereichen im Wege stehen.
35	Finanzen	Europäische Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Legislativmaßnahme	Durch den Beschlussentwurf soll eine Plattform auf EU-Ebene für Arbeitsaufsichtsbehörden und andere Durchsetzungsgremien eingerichtet werden. Dadurch soll ein kohärenterer Ansatz geschaffen werden, der alle zentralen Bereiche abdeckt, die von Schwarzarbeit betroffenen sind, und der eine wirksamere Bekämpfung der Schwarzarbeit durch eine verbesserte Zusammenarbeit, den Austausch bewährter Praktiken und die Festlegung gemeinsamer Grundsätze ermöglicht.

2. Wirtschaft, Forschung, Technologie, Verkehr und Kohäsionspolitik

Im Vordergrund der wirtschafts- und verkehrspolitischen Vorhaben stehen Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes und der Umsetzung der Binnenmarktakte II. Maßnahmen zur Erreichung der industriepolitischen Ziele, wie sie in der 2012 vorgelegten Mitteilung zur Industriepolitik angekündigt worden sind, bilden einen weiteren Schwerpunkt, ebenso wie die fortgesetzte Überarbeitung und Modernisierung des Beihilferechts. Unklar ist, ob die für 2012 angekündigte Mitteilung zur Raumfahrtindustrie auf 2013 verschoben wird.

„Forschung und Technologie“ haben im Arbeitsprogramm für 2013 keine eigene Rubrik mehr. Die „Vorschläge für eine verstärkte Förderung von Partnerschaften im Forschungs- und Innovationsbereich im Rahmen des Programms „Horizont 2020“ sind unter der Überschrift „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ aufgeführt. Dies unterstreicht einmal mehr, dass das Folgeprogramm des 7. Forschungsrahmenprogramms vor allem ein Innovationsprogramm sein wird, in dem die Forschung als Teil der Innovationskette gefördert werden wird. Damit stehen „Horizont 2020“ und die daraus abgeleiteten Aktivitäten der Kommission ganz im Zeichen der Strategien Europa 2020 und der Innovationsunion.

Im Verkehrsbereich ist aus norddeutscher Sicht insbesondere auf das Vorschlagspaket zur künftigen europäischen Hafenpolitik und die Vollendung des Binnenmarktes im Seeverkehr („Blauer Gürtel“) hinzuweisen. Die Arbeiten zu den 2012 vorgelegten Initiativen „Flughafen- und Straßenverkehrssicherheitspaket“ werden fortgesetzt. Ob die ursprünglich für 2012 angekündigte Einbeziehung des Seeverkehrs in den Emissionshandel 2013 aufgegriffen wird, bleibt zu verfolgen. Im Luftverkehr hat die EU-Kommission die Einbeziehung von Fluggesellschaften aus Drittländern in den Emissionshandel zunächst verzögert. Bis Herbst 2013 soll eine internationale Lösung durch die Weltluftfahrtorganisation ICAO gefunden werden.

In der Regionalpolitik werden die Arbeiten zur Vorbereitung der Förderperiode 2014 bis 2020 fortgesetzt.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Wirtschaft/ Finanzen	Jahreswachstumsbericht*	Nicht- Legislativmaßnahme, (4. Quartal 2013)	(Erläuterung siehe Finanzen)
5	Wirtschaft/ Finanzen	Langfristige Finanzierung durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit von Finanzinstituten, -märkten und -instrumenten	Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Finanzen)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
6	Kohäsionspolitik/ Wirtschaft	Die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens und die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU	Nicht- Legislativmaßnahme	In der diesbezüglichen Mitteilung wird analysiert werden, wie die GSR-Fonds zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU beitragen können, welche Rolle sie bei der Stärkung des Wachstums spielen können, und wie wichtig ein solider makroökonomischer Rahmen für eine effiziente Verwendung der Fonds ist. Außerdem wird in der Mitteilung aufgezeigt werden, welche Zusammenhänge zwischen den GSR- Fonds und den wirtschaftspolitischen Steuerungsverfahren bestehen und welche makroökonomischen Auflagen es geben wird.
7	Kohäsionspolitik	Länderspezifische Verhandlungsmandate für den Gemeinsamen Strategischen Rahmenfonds für den Zeitraum 2014-2020	Nicht- Legislativmaßnahme	Durch diese Dokumente sollen im Hinblick auf die Annahme der Partnerschaftsabkommen die vorrangigen Ziele der Mitgliedstaaten bei den öffentlichen Investitionen in den nächsten sieben Jahren geformt werden.
9	Wirtschaft	Modernisierung der staatlichen Beihilfen: allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (VO Nr. 800/2008)*	Legislativmaßnahme (4. Quartal 2013)	Durch die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung sind optimale Bedingungen für staatliche Beihilfen geschaffen worden, die von der Meldepflicht ausgenommen wurden, damit sie mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Dadurch sinkt die Verwaltungslast der nationalen Behörden.
10	Wirtschaft	Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren	Nicht- Legislativmaßnahme	Überprüfungen der Vereinbarkeitskriterien aus den Leitlinien für Beihilfen für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Innovation (Risikokapitalbeihilfen, regionale Beihilfen, Umweltbeihilfen, Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen für die Industrie und Beihilfen für Flughäfen und Fluggesellschaften). Dadurch soll die EU-Strategie für mehr Wirtschaftswachstum unterstützt, die Ausrichtung des Legislativrahmens der Kommission verfeinert und die Beschlussfassung in der Kommission beschleunigt werden.
13	Wirtschaft	Reform des Binnenmarkts für Industrieerzeugnisse*	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme (3. Quartal 2013)	Verbesserung der Qualität und der Wirksamkeit der Binnenmarktvorschriften für Industrieerzeugnisse, Abbau der verbliebenen Handelsschranken (insbesondere bei Erzeugnissen mit hohem Wachstumspotenzial), einheitlichere Anwendung der Vorschriften und Vereinfachung ihrer Verwaltung und Umsetzung.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
15	Wirtschaft	Initiative zur elektronischen Rechnungsstellung im öffentlichen Beschaffungswesen*	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2013)	Um der Fragmentierung des Binnenmarkts entgegenzuwirken, soll im B2G-Bereich der Umstieg auf eine elektronische Rechnungsstellung gefördert und die Interoperabilität zwischen den verschiedenen nationalen elektronischen Rechnungsstellungssystemen verbessert werden. Durch die Automatisierung der Rechnungsstellungsverfahren könnten die Betriebskosten von Unternehmen und die Beschaffungskosten von Behörden verringert werden.
17	Forschung/ Technologie	Vorschläge für eine verstärkte Förderung von Partnerschaften im Forschungs- und Innovationsbereich im Rahmen des Programms „Horizont 2020“*	Legislativmaßnahme, (3. Quartal 2013)	Koordination von Investitionen und Zusammenlegungen in wichtigen Industriebereichen und bei der globalen Entwicklungshilfe durch Schaffung oder Erneuerung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Im Rahmen dieser Partnerschaften sollen umfangreiche privatwirtschaftliche Investitionen in zentralen Industriebereichen (Pharmaindustrie, Energie, Verkehr, Luftfahrt, Elektronik, Flugverkehrsmanagement und Bioprodukte) koordiniert werden. Die Initiative schließt auch Partnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor ein, die zur gemeinsamen Umsetzung nationaler Forschungsprogramme dienen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern sollen, indem im Bereich Forschung und Entwicklung tätige KMU, modernste Metrologie und IKT-basierte Erzeugnisse und Dienstleistungen für Ältere unterstützt werden. Eine weitere Initiative stellt auf die Bekämpfung von armutsbedingten Krankheiten südlich der Sahara ab.
26	Verkehr	Maßnahmenpaket zum Thema „Einheitlicher europäischer Luftraum“: „Einheitlicher Luftraum II plus“	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Mit diesem (aus einer Mitteilung, einer Verordnung zum Thema „Einheitlicher europäischer Luftraum“ und einer Verordnung zum Thema EASA bestehenden) Maßnahmenpaket sollen verschiedene Punkte präzisiert werden, die bei der Entwicklung des einheitlichen europäischen Luftraums nicht geklärt wurden. Dabei handelt es sich vor allem um die Qualität von Flugsicherungsdienstleistungen und die Notwendigkeit, die institutionellen Zuständigkeiten auf EU-Ebene zu klären, damit sich die Rollen und die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Organisationen ergänzen, ohne sich zu überschneiden.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
27	Verkehr	Ein „Blauer Gürtel“ für einen einheitlichen Binnenmarkt für den Seeverkehr	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Vermeidung von Mehrfachkontrollen einschließlich mehrfacher Zollkontrollen zwecks Verringerung der Verwaltungslasten beim Seeverkehr in der EU auf ein Niveau, das mit dem anderer Verkehrsträger vergleichbar ist. Dies soll durch moderne IKT-Technologien unterstützt werden, die innerhalb des innergemeinschaftlichen Schiffsverkehrs eine zuverlässige, hinreichende Gewissheit gebende Verfolgung von Schiffen und Frachten ermöglichen.
28	Verkehr	Rahmen für die künftige Hafenpolitik der EU einschließlich Legislativvorschlag	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Steigerung der Effizienz und der allgemeinen Qualität von Hafendiensten, Klärung der den Mitgliedstaaten obliegenden Pflichten in Bezug auf eine solide Planung von Häfen und Hinterlandanbindungen, die Transparenz beim Einsatz öffentlicher Mittel wie auch bei den Hafengebühren, Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung in den Häfen und die Überprüfung der für die Erbringung von Dienstleistungen in Häfen geltenden Beschränkungen.
29	Verkehr	Binnenmarkt im Landverkehr - Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt und zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers	Legislativmaßnahme	Die Initiative bezweckt eine weitere Aufhebung von Beschränkungen des Kabotagemarktes zwecks Verbesserung der wirtschaftlichen und ökologischen Effizienz des Straßengüterverkehrs. Sie schließt Bestimmungen über die Anwendung von arbeitsrechtlichen Vorschriften im Gastland bei längerem Aufenthalt der Fahrer und über eine einheitlichere Durchsetzung ein, durch die eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen erreicht werden soll.
32	Wirtschaft/ Beschäftigung	Überprüfung der Richtlinie über die Träger betrieblicher Altersversorgungssysteme	Legislativmaßnahme	Eine Überprüfung dieser Richtlinie ist nötig, weil sichergestellt werden muss, dass angemessene Strukturen zur Finanzierung der Altersversorgung vorhanden sind.
35	Wirtschaft/ Finanzen	Europäische Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Finanzen)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
49	Wirtschaft	Bekämpfung der Geldwäsche	Legislativmaßnahme	Geldwäsche stellt in allen Mitgliedstaaten der EU eine Straftat dar („Straftat mit europäischer Dimension“). Die Mitgliedstaaten der EU definieren und bestrafen Geldwäsche jedoch nicht einheitlich. Da dies grenzübergreifenden Untersuchungen und der polizeilichen Zusammenarbeit hinderlich ist, besteht die Notwendigkeit, einen einheitlichen Straftatbestand der Geldwäsche auf EU-Ebene festzulegen.

3. Digitale Agenda, Medien und Kultur

Das Arbeitsprogramm für 2013 und die erste Jahreshälfte 2014 fokussiert sich im Bereich Medien auf folgende zwei der insgesamt sieben Säulen der Digitalen Agenda: „Vollendung des Digitalen Binnenmarkts“ und „Schnelle und ultraschnelle Internetzugänge“. Die Europäische Kommission will hierdurch eine Förderung des Wirtschaftswachstum sowie der Beschäftigung erreichen. Sie plant u.a. Anreize für Investitionen in flächendeckende Hochgeschwindigkeitsnetze sowie die Förderung der gemeinsamen Nutzung von Funkfrequenzen. Insbesondere bei dem letztgenannten Vorhaben ist aus Sicht der norddeutschen Länder darauf zu achten, dass der Frequenzbedarf der Rundfunkanstalten angemessen berücksichtigt wird.

Für den Bereich Kultur enthält das neue Arbeitsprogramm keine Vorhaben.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
23	Medien	Verringerung der Kosten des Breitbandausbaus*	Legislativmaßnahme (1. Quartal 2013)	Durch die Verordnung sollen die Kosten des Ausbaus der Hochgeschwindigkeitsnetze in der EU erheblich verringert werden. Es sollen Anreize für Investitionen in die in der „Digitalen Agenda“ vorgesehenen Hochgeschwindigkeitsziele geschaffen werden. In der Verordnung sollen vor allem Rechte und Pflichten von Telekommunikationsunternehmen und anderen Diensten festgelegt werden.
24	Medien	Aktionsplan für Drahtloskommunikation für ein verbundenes Europa	Nicht - Legislativmaßnahme	In der Mitteilung soll ein politischer Aktionsplan festgelegt werden, der den Herausforderungen gerecht wird, denen sich die EU in den nächsten Jahren angesichts dynamischer Marktentwicklungen und exponentiell wachsendem Drahtlosverkehr stellen muss. Politische Ziele: beschleunigter Ausbau drahtloser Breitbandnetze, Förderung der gemeinsamen Nutzung von Funkfrequenzen, Nutzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen der EU auf dem Gebiet der Drahtloskommunikation und Förderung der weltweiten Frequenzharmonisierung.

4. Beschäftigung, Soziales, Bildung, Jugend, Gesundheit und Verbraucherschutz

Die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit sowie die zunehmende Armut und soziale Ausgrenzung gehören zu den größten Herausforderungen in Europa und Schwerpunkten der Kommission. Das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt soll angegangen werden durch die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der staatlichen Arbeitsvermittlungen und durch eine aktive Beschäftigungspolitik und Qualifizierungsmaßnahmen, die die Beschäftigungsfähigkeit und die Mobilität auch unter Einbeziehung sozial Schwacher erhöhen. Die Beschäftigungspotenziale der Wachstumsbereiche der „grünen“ Berufe, der IKT-Branche und des Gesundheits- und Sozialbereichs sollen ausgeschöpft werden. Die Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten gehört zu den obersten Prioritäten des Europäischen Semesters. Ein Schwerpunkt wird die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein. Als Basis wird das Ende 2012 vorgelegte Jugendpaket mit den Schwerpunkten „Jugendgarantie“ und einem Qualitätsrahmen für Praktika dienen. Ein vorrangiges Ziel für 2013 wird darin bestehen, die neue Generation von Programmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds auszuarbeiten. Hervorgehoben wird die soziale Marktwirtschaft als eine der größten Trumpfkarten Europas, um Wachstum mit Integration zu verbinden. Die angekündigte Mittelung zur Kinderarmut wird in das Paket zu sozialen Investitionen integriert. Die Bemühungen um eine stärkere Internationalisierung im Hochschulbereich sollen fortgesetzt werden.

Die bestehenden Initiativen im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz werden fortgesetzt bzw. vorgelegt (z.B. Tabakproduktrichtlinie, grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen, Medizinprodukterecht). Neue Vorhaben stehen nicht im Vordergrund des Arbeitsprogramms. Im Bereich der Lebensmittelkontrollen und des Hygienepakets werden Initiativen zur Vereinfachung ergriffen.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Arbeit/ Finanzen	Jahreswachstumsbericht*	Nicht- Legislativmaßnahme (4. Quartal 2013)	(Erläuterung siehe Finanzen) Hier: Beschäftigungsbericht.
6	Arbeit und Soziales/ Kohäsionspolitik	Die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens und die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU	Nicht- Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Kohäsionspolitik)
7	Arbeit und Soziales/ Kohäsionspolitik	Länderspezifische Verhandlungsmandate für den Gemeinsamen Strategischen Rahmenfonds für den Zeitraum 2014-2020	Nicht- Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Kohäsionspolitik)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
19	Soziales, Gesundheit/ Finanzen	Steigerung der Effizienz des MwSt.-Systems durch Überprüfung der Satzausgestaltung	Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Finanzen)
20	Arbeit und Gesundheit	Zugang zu regulierten Berufen	Nicht- Legislativmaßnahme	Bestandsaufnahme der jüngsten Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der regulierten Berufe und Ausarbeitung einer Methodik zur Erleichterung der gegenseitigen Begutachtungen, die im Vorschlag zur Modernisierung der Richtlinie über Berufsqualifikationen vorgesehen sind und hauptsächlich auf die Beseitigung von Zugangsbeschränkungen (Qualifikationen und vorbehaltene Tätigkeiten) abstellen.
22	Verbraucherschutz und Soziales	Bankkontoinitiative*	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme (1. Quartal 2013)	Durch diese Initiative soll die Transparenz und die Vergleichbarkeit von Kontogebühren verbessert und der Wechsel des Bankkontos für den Verbraucher einfacher gemacht werden.
30	Soziales	Soziale Investitionen für Wachstum und Kohäsion – u.a. durch Umsetzung des ESF 2014-2020	Nicht- Legislativmaßnahme	Vorgabe von Leitlinien für die Verbesserung der Effizienz, Wirksamkeit und Eignung von Sozialschutzsystemen; Verbesserung der Aktivierungs- und Förderpolitik; soziale Inklusion und angemessener Lebensunterhalt. Mit der Mitteilung sollen Beiträge zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ bzw. zum „Europäischen Semester“ und zur Entwicklung sozialer Investitionen in den NRP geleistet und die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, EU-Mittel und insbesondere ESF-Mittel optimal zu verwenden.
31	Soziales	Integration der Roma	Soft Law	Empfehlung der Kommission für eine bessere Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma auf der Grundlage der Arbeiten einer geografisch ausgewogenen Pilotgruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten, in der die unterschiedlichen Situationen, in denen sich Roma in der EU befinden, ausgewogen repräsentiert sind, und die bewährte Praktiken und effiziente Ansätze für die Integration der Roma ausarbeiten soll.
32	Soziales, Arbeit/ Wirtschaft	Überprüfung der Richtlinie über die Träger betrieblicher Altersversorgungssysteme	Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Wirtschaft)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
33	Bildung	Internationalisierung der Hochschulbildung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die EU-Bürger müssen auf einen zunehmend globalen, offenen und wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt vorbereitet sein. Die Hochschulen der EU stehen, was die Anziehung von Begabten und den Austausch von Wissen anbelangt, in einem immer stärker werdenden Wettbewerb. In der Mitteilung werden verschiedene politische Strategien und Programme analysiert, durch die die Hochschulen bei der Verstärkung ihrer Internationalisierungsbemühungen unterstützt werden könnten.
34	Arbeit	Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen	Legislativmaßnahme	Dieses Maßnahmenpaket deckt sämtliche Aspekte der Reform des EURES-Netzes ab, darunter die Einführung einer europäischen Beschäftigungsgarantie. Es dient zur Einrichtung eines förmlichen europäischen Netzes der Arbeitsverwaltungen und soll zur Entwicklung und Umsetzung eines Aktionsplans der EU für größere Arbeitskräftemobilität in Europa beitragen, durch den die öffentlichen Arbeitsverwaltungen modernisiert und verstärkt werden sollen, damit die Übergänge auf den Arbeitsmärkten erleichtert werden.
35	Arbeit und Soziales/ Wirtschaft/ Finanzen	Europäische Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Finanzen/Wirtschaft)

5. Umwelt, Klima und Energie

Eine effizientere Ressourcennutzung ist ein entscheidender Faktor für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa. Die Kommission hat deshalb die Förderung einer ressourceneffizienten Wirtschaft als einen von sieben Schwerpunktbereichen des Arbeitsprogramms 2013 identifiziert und knüpft auf diese Weise an wichtige Initiativen der vergangenen Jahre an (z. B. Leitinitiative ressourcenschonendes Europa, Energiefahrplan 2050). Im Arbeitsprogramm ist eine Strategie angekündigt, in der Maßnahmen für einen Übergang zu einer ressourcenschonenden Wirtschaft bis zum Jahr 2030 entwickelt werden sollen. Weiterhin ist eine EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel geplant, die Möglichkeiten zur Bewältigung negativer Auswirkungen des Klimawandels in den Mitgliedstaaten und Regionen darstellt. Im Umweltbereich wird die Kommission ein Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung vorlegen (u. a. Überprüfung der einschlägigen Rechtsvorschriften).

Im Arbeitsprogramm für das laufende Jahr hat die Kommission Initiativen für die Bereiche Umwelt, Klima und Energie angekündigt, die auch in der norddeutschen Auswertung des Arbeitsprogramms als wichtig bewertet wurden, bis zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht vorgelegt worden sind. Dazu gehören u. a. der Vorschlag für ein neues Umweltaktionsprogramm und eine Initiative im Bereich Energieeffizienz. Die bereits für das Jahr 2012 angekündigte Mitteilung zu Energietechnologien ist ins Arbeitsprogramm 2013 aufgenommen worden. Ziel dieser Initiative ist die Förderung der Entwicklung von Energietechnologien nach Maßgabe des Energiefahrplans 2050.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
10	Umwelt/ Energie	Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren	Nicht- Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
12	Energie	Energietechnologien und Innovationen im Rahmen einer künftigen europäischen Energiepolitik	Nicht- Legislativmaßnahme	Förderung der Entwicklung von Energietechnologien nach Maßgabe des Energiefahrplans bis 2050, Förderung von Energieforschungs-, Demonstrations- und Markteinführungsmaßnahmen auf EU-Ebene und Beseitigung von marktbedingten, regulatorischen und verhaltensbedingten Hindernissen, die der Markteinführung von Energieinnovationen (im Rahmen des Programms „Intelligente Energie – Europa III“) im Wege stehen.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
14	Energie	Überarbeitung der bestehenden Normungsvorschriften	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative besteht aus zwei Teilen: 1. Festlegung vorrangiger strategischer Ziele und spezifischer Mandate zur Unterstützung der EU-Politik für internationale Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen, digitale Interoperabilität und technologische Entwicklung; 2. unabhängige Überprüfung im Jahr 2013 zur Ermittlung der Fortschritte bei der Verwirklichung der strategischen Ziele und Bewertung der Ergebnisse der Steuerung des europäischen Normungssystems.
17	Energie	Vorschläge für eine verstärkte Förderung von Partnerschaften im Forschungs- und Innovationsbereich im Rahmen des Programms „Horizont 2020“	Legislativmaßnahme (3. Quartal 2013)	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
36	Umwelt	Überprüfung des politischen und rechtlichen Rahmens der EU für die ökologische Herstellung	Legislativmaßnahme	Die politischen Ziele des geltenden Rahmens für die ökologische Herstellung (Verordnung Nr. 834/2007 und Mitteilung KOM(2004) 415) sind - die Einführung eines nachhaltigen Managementsystems für die Landwirtschaft und - die Herstellung qualitativ hochwertiger Erzeugnisse und einer breiten Palette von Erzeugnissen, die der Forderung der Verbraucher nach Herstellungsprozessen entsprechen, welche nicht schädlich für die Umwelt, die Gesundheit oder Tiere sind. Es soll überprüft werden, ob diese Ziele noch relevant und in geeigneter Weise auf die künftige Entwicklung der ökologischen Herstellung ausgerichtet sind.
37	Klima	EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Wirksamer Beitrag zu einem klimaresistenteren Europa. Verstärkung der Vorsorgemaßnahmen und der Möglichkeiten zur Bewältigung negativer Auswirkungen des Klimawandels in der EU sowie in ihren Mitgliedsstaaten und Regionen.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
38	Um- welt/Klima/Ener- gie	Neuer Klima- und Energierahmen für den Zeitraum bis 2030	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	<ul style="list-style-type: none"> - Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 % gegenüber dem Stand von 1990 - Förderung einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit - Schaffung einer Langzeitperspektive für Investitionen bis 2030.
39	Umwelt	Überprüfung der thematischen Strategie zur Luftreinhaltung und der einschlägigen Rechtsvorschriften	Legislativmaßnahme	Diese Initiative dient zur Bewertung der Umsetzung und der Ergebnisse der geltenden Politik zum Thema Luftreinhaltung und Luftqualität und wird mehrere Rechtsvorschlüsse zur Änderung der NEC-Richtlinie und gegebenenfalls weiterer Rechtsvorschriften zum Thema Luftqualität einschließen. Ziel ist ein verbesserter Schutz gegen die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt als Beitrag zur Strategie „Europa 2020“.
40	Umwelt	Überprüfung der Abfallpolitik und der Abfallrechtsvorschriften	Legislativmaßnahme	Im Rahmen dieser Initiative sollen Schlüsselziele der Abfallvorschriften der EU (nach Maßgabe der Überprüfungsbestimmungen der Abfallrahmenrichtlinie, der Deponierichtlinie und der Verpackungsrichtlinie) überprüft und eine Ex-post- Evaluierung der Abfallstromrichtlinie durchgeführt werden sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Kohärenz zwischen diesen Richtlinien geprüft werden.
41	Umwelt/Energie	Umweltklima- und Energiebewertungsrahmen für eine sichere Gewinnung von nicht konventionellem Kohlenwasserstoff	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Im Rahmen dieser auf den geltenden Rechtsvorschriften der EU aufbauenden Initiative soll ausgelotet werden, wie Möglichkeiten zur Diversifizierung der Energieversorgung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – beispielsweise durch die Gewinnung von nicht konventionellem Gas – genutzt werden können. Der Rahmen soll für gleiche Bedingungen in der gesamten EU und für Klarheit und Vorhersagbarkeit auf Seiten der Marktteilnehmer und der Bürger – auch in Bezug auf Explorationsprojekte – sorgen und in vollem Umfang den Treibhausgasemissionen und dem Umgang mit Klima- und Umweltrisiken entsprechend den Erwartungen der Öffentlichkeit Rechnung tragen.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
42	Energie	Versicherung und Haftung im Nuklearbereich	Legislativmaßnahme	Verbesserung der Opferentschädigung bei nuklearen Unfällen und Schaffung eines Binnenmarkts bzw. einheitlicher Rahmenbedingungen für Investoren.
54	Umwelt/Klima	Ausarbeitung des Standpunkts der EU zur Agenda für die Entwicklung nach 2015	Nicht- Legislativmaßnahme	Als Teil eines Prozesses zur Verfolgung einer Strategie, die die Millenniumsziele, das Follow-up zum Rio+20-Gipfel und die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung miteinander verknüpft, soll durch diese Mitteilung eine Einigung auf einen ehrgeizigen Rahmen für die globale Entwicklung nach 2015 mit Schwerpunktlegung auf die gemeinsame Verantwortung und Rechenschaftspflicht herbeigeführt werden.
55	Umwelt/Klima	Ausarbeitung des Standpunkts der EU zum Follow-up zum Rio+20-Gipfel einschließlich Festlegung von Zielen für eine nachhaltige Entwicklung	Nicht- Legislativmaßnahme	Als Teil eines Prozesses zur Verfolgung einer Strategie, die die Millenniumsziele, das Follow-up zum Rio+20-Gipfel und die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung miteinander verknüpft, sollen in dieser Mitteilung die Folgemaßnahmen der EU zum Rio-20-Gipfel einschließlich der Verwirklichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung dargelegt werden.

5. Landwirtschaft, Fischerei und Meerespolitik

Das Jahr 2013 wird auch weiterhin stark von Initiativen der Kommission geprägt sein, Ressourcen wie den Boden und das Wasser nachhaltiger und effizienter zu nutzen, Wirtschaftssektoren, zu denen auch die Landwirtschaft zählt, in eine kohlenstoffärmere Produktion zu überführen und die Programme für die zukünftige ländliche Entwicklung und die Förderung der Agrar- und Fischereipolitik auszugestalten.

Die bestehenden Initiativen aus 2012 in den Bereichen Landwirtschaft Fischerei und Meerespolitik werden weiter bearbeitet bzw. vorgelegt. Im Bereich der Landwirtschaft wird ein neuer Vorschlag zu Tierarzneimitteln aufgenommen. Die beiden anderen Initiativen zur Klonung und zur ökologischen Landwirtschaft wurden bereits im Arbeitsprogramm der Kommission von 2012 für das Jahr 2013 angekündigt. Große Teile des für 2012 angekündigten umfangreichen Arbeitspakets zur Tier- und Pflanzengesundheit werden auf 2013 verschoben, insbesondere die Modernisierung und Straffung der bestehenden Rechtsakte im Bereich des pflanzlichen Saatgutes sowie die beiden Bereiche Tier- bzw. Pflanzengesundheit.

Im Bereich der Fischerei sei auf den im Annex II (Vereinfachungsvorhaben, werden nicht im Rahmen der NZ-Auswertung bearbeitet) des Arbeitsprogramms der Kommission erwähnten Vorschlag zur Erarbeitung eines Rahmens für technische Maßnahmen zum Schutz der Meerestiere hingewiesen. Dieser Rahmen wurde bereits im vergangenen Jahr für 2013 angekündigt. Hierbei handelt es sich um eine wichtige Umsetzungsmaßnahme der Inhalte der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
36	Landwirtschaft	Überprüfung des politischen und rechtlichen Rahmens der EU für die ökologische Herstellung	Legislativmaßnahme	Die politischen Ziele des geltenden Rahmens für die ökologische Herstellung (Verordnung Nr. 834/2007 und Mitteilung KOM(2004) 415) sind <ul style="list-style-type: none"> - die Einführung eines nachhaltigen Managementsystems für die Landwirtschaft und - die Herstellung qualitativ hochwertiger Erzeugnisse und einer breiten Palette von Erzeugnissen, die der Forderung der Verbraucher nach Herstellungsprozessen entsprechen, welche nicht schädlich für die Umwelt, die Gesundheit oder Tiere sind. Es soll überprüft werden, ob diese Ziele noch relevant und in geeigneter Weise auf die künftige Entwicklung der ökologischen Herstellung ausgerichtet sind.
52	Landwirtschaft	Tierarzneimittel	Legislativmaßnahme	Durch den neuen Rahmen für Tierarzneimittel und bestimmte Aspekte ihrer Verwendung sollen gleiche Bedingungen in der gesamten EU geschaffen und die Verwaltungslasten verringert werden.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
53	Landwirtschaft	Verwendung von Klonungstechniken zur Lebensmittelerzeugung	Legislativmaßnahme / Nicht-Legislativmaßnahme	Folgemaßnahme zum Kommissionsbericht über das Klonen von Tieren zur Lebensmittelerzeugung zwecks Prüfung der Notwendigkeit des Erlasses neuer Rechtsvorschriften über das Klonen von Tieren im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts.

6. Justiz und Inneres

Im Bereich Justiz und Inneres fokussiert sich die Europäische Kommission 2013 und im ersten Halbjahr 2014 auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, zur Kontrolle der Außengrenzen sowie zur Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten. Hierfür plant sie unter anderem eine Mitteilung zur Reduzierung von Feuerwaffen. Weiterhin soll ein Gesamtkonzept zur Krisenbewältigung außerhalb der EU vorgelegt werden, das den Einsatz der entsprechenden Werkzeuge der EU für die Bewältigung eines gesamten Krisenzyklus (Vorsorge, Bewältigung, Wiederherstellung) vorsieht. Die Europäische Kommission hat außerdem angekündigt, eine Europäische Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Straftaten zulasten der EU zu gründen sowie auf dem Gebiet des Strafprozessrechts die Rechte von besonders schutzbedürftigen Beschuldigten und Angeklagten zu stärken. Daneben will sie einen Rechtsetzungsvorschlag für die europaweite Zustellung von zivil- und handelsrechtlichen Schriftstücken vorlegen.

Im Arbeitsprogramm 2012 hatte die Europäische Kommission im Bereich Justiz und Inneres für die Jahre 2012 und 2013 zahlreiche Maßnahmen angekündigt, die bisher weder veröffentlicht wurden, noch im neuen Arbeitsprogramm 2013 erwähnt werden. Von diesen haben im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit insbesondere folgende Punkte besondere Bedeutung: „Vorratsdatenspeicherung“ (Legislativmaßnahme, geplant für 2012), „Pauschalreisen“ (Legislativmaßnahme, geplant für 2012), „kollektive Rechtsbehelfe“ (Rechtsform noch nicht festgelegt, geplant für 2012) sowie „Prozesskostenhilfe in Strafverfahren“ (Legislativmaßnahme, geplant für 2013).

Initiativen, deren Annahme durch die KOM in den Jahren 2013 – 2014 vorgesehen ist

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
15	Wirtschaft	Initiative zur elektronischen Rechnungsstellung im öffentlichen Beschaffungswesen*	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2013)	(Erläuterung siehe Wirtschaft)
20	Beschäftigung	Zugang zu regulierten Berufen	Nicht- Legislativmaßnahme	(Erläuterung siehe Beschäftigung)
21	Wirtschaft	Bekämpfung des Diebstahls von Handelsgeheimnissen	Legislativmaßnahme / Nicht- Legislativmaßnahme	Durch diese Initiative soll ein wirksamer Schutz vor dem Diebstahl von Handelsgeheimnissen geboten werden, der innovative Unternehmen, die von Handelsgeheimnissen abhängig sind, davon abhalten kann, ihre Geschäftstätigkeit durch die Vergabe von Lizenzen an Geschäftspartner auszuweiten, insbesondere da in anderen Gerichtsbarkeiten bereits ein solcher Schutz besteht, weil die geltenden Vorschriften über den Schutz von Handelsgeheimnissen harmonisiert wurden.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
43	Inneres	Initiative zum Thema Feuerwaffen: Reduzierung der Schusswaffenkriminalität in Europa	Nicht-Legislativmaßnahme	Geschmuggelte Feuerwaffen werden sowohl von kriminellen Vereinigungen als auch von Einzeltätern verwendet. In der Mitteilung soll Folgendes dargelegt bzw. vorgestellt werden: Art und Ausmaß des Problems und die derzeitigen Maßnahmen einschließlich ihrer externen Dimension, neue oder verstärkte Maßnahmen der EU (z.B. die verstärkte Rolle von Europol und die Mittelausstattung) sowie Leitlinien für die Strafverfolgungspolitik im Hinblick auf die für das Jahr 2015 vorgesehene Überprüfung der Feuerwaffenrichtlinie Nr. 91/477, nach Möglichkeit einschließlich einer Richtlinie für strafrechtliche Sanktionen auf der Grundlage von Art. 83 Abs. 1 AEUV.
45	Justiz	Besondere Garantien für schutzbedürftige Verdächtige oder Angeklagte in Strafverfahren	Legislativmaßnahme (2. Jahreshälfte 2013)	Durch die geplante Richtlinie soll sichergestellt werden, dass in der gesamten EU in Strafverfahren Verdächtigen oder Angeklagten, die dem Verfahren aufgrund ihres Alters oder ihrer geistigen oder körperlichen Verfassung inhaltlich nicht folgen können oder dessen Bedeutung nicht verstehen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.
46	Justiz	Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme (Juni 2013)	Im Mittelpunkt der Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 stehen die Effizienz der Übermittlungs- und Empfangsstellen und die praktische Umsetzung von Ersuchen um Weiterleitung eines Zustellungsantrags. Auch könnten gemeinsame Mindeststandards festgelegt werden.
48	Justiz	Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zum Schutz der finanziellen Interessen der Union*	Legislativmaßnahme (2. Quartal 2013)	Durch diese Initiative sollen der Rahmen und die Voraussetzungen für die Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft geschaffen werden, die sich vorrangig dem Schutz der finanziellen Interessen der Union widmen soll. Die Initiative wird mit Vorschlägen zur Reform von Eurojust und zum Schutz der finanziellen Interessen der EU einhergehen.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
58	Humanitäre Hilfe / Katastrophenschutz	Gesamtkonzept für die Bewältigung von Krisen außerhalb der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Mehr als jeder andere internationale Akteur verfügt die Europäische Union über eine einzigartige Palette von Werkzeugen für die Lösung komplexer externer Krisen. Diese Werkzeuge gilt es auf kohärente Weise und in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten so einzusetzen, dass der gesamte Krisenzyklus (d.h. von der Krisenvorsorge bis hin zur Wiederherstellung) abgedeckt wird.